

N i e d e r s c h r i f t

über die 20. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- u. Sportausschusses
am 20.12.2001 im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV) bzw. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) teil:

Gunia, Wolfgang,	Ausschußvorsitzender
Schmitz, Peter,	1. stellv. Ausschlußvorsitzender
Bochem, Hans-Peter,	StV
Borowski, Helma,	StV
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Fink, Ulrike,	StV
Stauch, Ingrid,	StV
van Snick, Doris,	StV
Viertmann, Karl,	StV
Gundelach, Klaus,	SB
Hintzen, Ulrich,	SB
Kieven, Ansgar,	SB
Lorscheidt-Kratz, Kathleen,	SB
Sauer, Karl,	SB
Viehöfer, Hildegard,	SB
Laufs, Jürgen,	stellvertretende Sachkundige Bürger
Spelthahn, Heinz,	stellvertretende Sachkundige Bürger
Vietzke, Elisabeth,	stellvertretende Sachkundige Bürger

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause

Herr Marx (Schriftführer)

Als Gäste sind anwesend:

Kreisrechtsdirektor Beyß zu TOP 3

Schulrat Greuel zu TOP 3

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- u. Sportausschuss beschlussfähig ist.

Der stellvertretende Sachkundige Bürger Ritz wird verpflichtet.

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

2. Anfragen
3. Sonderschulwesen im Kreis Düren;
hier: Referat des zuständigen Dezementen des Kreises Düren, Herrn Ltd. Kreisrechtsdirektor Beyß

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

1.1. Beförderung der Kinder aus Merzenhausen zum Kindergarten
(Vorlagen-Nr.: 669/2001)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Die Antwort des Kreises bezüglich der Übernahme der Beförderungskosten der Kinder von Merzenhausen nach Barmen liegt seit kurzem vor. Der Kreis lehnt eine Übernahme ab. Die Stichhaltigkeit der Begründung wird derzeit von der Verwaltung geprüft.

In der letzten Sitzung des KuSSS-Ausschusses hat die Verwaltung über Beschwerden der Eltern bezüglich der Pünktlichkeit des Unternehmens und der Anzahl der eingesetzten Fahrer berichtet. Inzwischen konnten andere Unternehmer gefunden werden, die bereit und in der Lage wären, die Fahrten zu den gleichen Terminen durchzuführen. Allerdings sind die Kosten mehr als doppelt so hoch wie bei dem derzeit eingesetzten Unternehmen (bei 21 Beförderungstagen z.Zt. mtl. 504,00 DM gegenüber dann 1.050,00 DM mtl.).

Die Verwaltung beabsichtigt, das Gesamtproblem zur Beratung und Entscheidung in der Januarsitzung des KuSSS-Ausschusses vorzubereiten.

1.2. Kinder- und familienfreundliches Jülich
hier: Projekt 13 plus
(Vorlagen-Nr.: 667/2001)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Wie bereits mehrfach berichtet, arbeitet die Verwaltung zur Zeit an der Einrichtung einer Über-Mittag-Betreuung für Schüler der Jahrgangsstufen 5 und 6. Gemeinsam mit der Realschule, dem Gymnasium Zitadelle, der Schirmerschule, dem Dekanat für Jugend und Pastoral, dem Sozialdienst kath. Frauen und der Propsteipfarre wurden Möglichkeiten der Umsetzung geprüft.

Nachdem eine „große Lösung“ verworfen werden musste, zeichnet sich nun folgender Weg ab: Die Propsteipfarre stellt die Räumlichkeiten und übernimmt die Betriebskosten. Die Stadt Jülich übernimmt (analog der Grundschule von 8.00 – 13.00 Uhr) die Trägerschaft. Alle anderen Kooperationspartner engagieren sich mit Personal- oder Sachleistungen. Die Eltern werden über Beiträge beteiligt. Am 19.12.01 findet ein Gespräch mit der Bezirksregierung statt, in dem das Konzept (voraussichtlich) abschließend beraten werden kann.

Der Ausschuss wird zeitnah informiert.

1.3. Schulerweiterungsbau für das Gymnasium Zitadelle

(Vorlagen-Nr.: 670/2001)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Der Förderantrag für einen Erweiterungsbau des Gymnasiums Zitadelle am Westgebäude Düsseldorfer Straße wird in Kürze positiv entschieden. Das Fördervolumen soll sich gegenüber dem Vorbescheid nicht verändern.

1.4. Informationstechnologie an den städt. Schulen

(Vorlagen-Nr.: 666/2001)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Wie bereits in der Sitzung am 25.09.2001 mitgeteilt, erstellt die KDVZ Frechen zur Zeit einen Medienentwicklungsplan für die städt. Schulen. Zwischenzeitlich wurden mit allen Schulen Gespräche über die Ausstattung mit Informationstechnologie geführt.

Problematisch ist, wie die Ausschreibung und Beauftragung der benötigten Hard- und Software sowie des späteren Supports/ Wartung erfolgen kann. Durch ein geplantes Höchstmaß an Vereinheitlichung innerhalb der Schulen sollen insbesondere die Kosten für spätere Wartung und Unterhaltung minimiert werden. Hierfür wäre es vorteilhaft, wenn die Ausstattung, Netzwerktechnik, Support und Wartung an eine Firma vergeben werden könnten, so dass die Schulen und der Schulträger bei auftretenden Störungen und Problemen einen einzigen Ansprechpartner haben. Um hier Möglichkeiten aufzuzeigen, sind Gespräche mit dem Rechnungsprüfungsamt geführt worden, weitere sind erforderlich.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand könnte die Lösung so aussehen, dass die KDVZ die Leistungsverzeichnisse für Hard- und Software erstellen kann, nicht aber die für Strom- und Netzwerkinstallation. Hierfür müsste eine Ingenieurfirma herangezogen werden. Bis Mitte Januar soll abschließend geklärt sein, wie die Leistungsverzeichnisse erstellt werden.

Diese noch ausstehende Klärung ist Grund dafür, dass in diesem Jahr nicht wie geplant die Hauptschule vernetzt wurde. Sobald eine Klärung vorliegt, ist die Erstausrüstung dieser Schule dran. Nach Fertigstellung des Medientwicklungsplanes werden dem Ausschuss Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise vorgelegt. Diese wird u.a. abhängig sein von der Finanzierbarkeit.

Im Haushalt 2001 standen für die genannten Zwecke Mittel in Höhe von 265.000,-- DM zur Verfügung. Verausgabt wurden rd. 90.000,-- DM für Anschaffungen für die Realschule, die GGS Süd und das Gymnasium Zitadelle. Die nicht verausgabten Mittel sollen in den Haushalt 2002 übertragen werden.

1.5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

(Vorlagen-Nr.: 673/2001)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlüsse aus den Sitzungen des KuSSS sind weitgehend ausgeführt. Noch nicht erledigt und in der Durchführung befinden sich folgende Beschlüsse:

1. Sitzung vom 03.07.2001

TOP 9 – Pool-Bildung für Zuschüsse

2. Sitzung vom 25.09.2001

TOP 11 – Beförderung Kindergartenkinder Merzenhausen-Barmen

TOP 13 – Bezuschussung Materialkosten Ausbau Sportlerheim Mersch

TOP 14 – Prioritätenplan über Sanierungsmaßnahmen an städtischen Sportplätzen

TOP 18 - Wegeverbindung Zitadelle/Düsseldorfer Straße

TOP 19 – Herrichtung Innenhof Zitadelle

TOP 20 – Bolzplatz Rurdamm

TOP 21 – Erweiterung Schulhof Realschule

3. Sitzung vom 23.10.2001

Alle Beschlüsse sind ausgeführt.

4. Sitzung vom 22.11.2001

TOP 8 – Umstellung des Elternanteils für Mittagstisch an der Gemeinschaftshauptschule von DM auf EURO;

hier: Beschlussteil „Senkung der Personalkosten“ befindet sich noch in der Durchführung.

TOP 10 – Theaterspielzeit 2002/2003

2. Anfragen

2.1. Anfrage Nr. 14/2001 der CDU-Stadtratsfraktion betr. die Schulwege für DKB-benutzende Schüler aus Richtung Linnich
(Vorlagen-Nr.: 678/2001)

Anfrage:

Abstimmungsergebnis:

Anfragetext:

Um wie viele Schüler geht es zur Zeit und welche weiterführenden Schulen besuchen sie?

Ist sichergestellt, dass die DKB-Fahrpläne im Einklang stehen mit dem Unterrichtsbeginn der betroffenen Schulen?

Ist es nötig, die neuen Schulwege auf ihre Verkehrssicherheit für Schüler zu überprüfen?

Bisher konnten Besucher der Stadt aus Richtung Linnich mit dem Bus in die Innenstadt fahren und dort ihre Einkäufe erledigen.

Der Weg vom Busbahnhof in die Innenstadt ist deutlich weiter. Wird seitens der Verwaltung deswegen mit einem veränderten Einkaufsverhalten gerechnet?

Stellungnahme:

Zu 1. Das Gymnasium Zitadelle besuchen 80 Schüler aus den in Frage kommenden Orten, die Realschule 13 Schüler.

Zu 2. Mit Eröffnung der DKB-Streckenverlängerung zwischen Jülich und Linnich im Mai 2002 ist tagsüber für diesen Streckenabschnitt eine Verbindung im Stundentakt vorgesehen. Nach der vorliegenden Fahrplanstudie der DKB besteht für die Schüler der weiterführenden Schulen in Jülich (Unterrichtsbeginn 7.50 Uhr bzw. 8.00 Uhr) ab Bahnhof Linnich eine Verbindung um 7.01 Uhr (Ankunft Bahnhof Jülich 7.12 Uhr). Je nach Unterrichtsende sind mittags die Züge ab Bahnhof Jülich um 12.39 Uhr, 13.42 Uhr bzw. 14.38 Uhr mit einer Fahrzeit bis Bahnhof Linnich von 11 Minuten nutzbar. Unter Berücksichtigung der Wegestrecken zwischen Bahnhof Jülich und jeweiliger Schule steht der Fahrplan somit im Einklang mit dem jeweiligen Unterrichtsbeginn bzw. Schulschluss der weiterführenden Schulen in Jülich.

Zu 3. Im Rahmen der Schulwegprüfung werden die neuen Schulwege auf ihre Verkehrssicherheit geprüft.

Zu 4. Genaue Daten über die Einkaufsgewohnheiten von Besuchern aus Linnich, insbesondere über deren Verkehrsmittelwahl, liegen hier nicht vor, so dass zu diesem Thema auch keine gesicherten Prognosen möglich sind.

Zu bedenken ist jedoch, dass

- mit der Nutzung der Rurtalbahn gegenüber dem Bus ein Zeitvorteil verbunden sein wird, der unter Umständen den Nachteil des von der Innenstadt relativ weit entfernten Haltepunktes zumindest teilweise wieder aufwiegen kann
- dass auch für Besucher, die zwingend auf die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln bis in die Innenstadt angewiesen sein werden, am Bahnhof/ZOB Umsteigemöglichkeiten in verschiedene Buslinien bestehen werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Möglichkeit negativer Auswirkungen der anstehenden Veränderungen auf das Einkaufsverhalten Linnicher Bürgerinnen und Bürger eher gering.

3. Sonderschulwesen im Kreis Düren;
hier: Referat des zuständigen Dezernenten des Kreises Düren, Herrn Ltd. Kreisrechtsdirektor
Beyß
(Vorlagen-Nr.: 652/2001)

Beschluss:
Abstimmungsergebnis: Ohne Abstimmung

Kreisrechtsdirektor Beyß und Schulrat Greuel referieren über die Situation der Sonderschulen im Kreis Düren. Herr Beyß hält es für fraglich, dass der Kreis Träger aller

Sonderschulen im Kreisgebiet wird. Hiermit müssten alle 15 Partner einverstanden sein. Da die Trägerschaft des Kreises für einige Kommunen aber eine deutliche finanzielle Mehrbelastung gegenüber der jetzigen Lösung bedeuten würde, ist das Einverständnis aller Kommunen unwahrscheinlich. Eine Umfrage des Kreises bei den kreisangehörigen Gemeinden sei für Anfang Januar vorgesehen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Vorträge.

B. Nichtöffentlicher Teil